

prangerte er an, die chinesische Regierung unterhalte in Australien ein Netz von mehr als 1.000 Spionen und Agenten und sei in die Verschleppung von Chinesen in Australien verwickelt. Im Falle einer Repatriierung nach China fürchte er um seine und die Sicherheit seiner Familie.

Die australische Regierung verweigerte zunächst jede Kommentierung des Falles. Der australische Außenminister Downer erklärte einige Tage später jedoch, Chen wäre besser beraten, nicht um politisches Asyl nachzusuchen, sondern Abschiebungsschutz zu beantragen, was dieser im zweiten Anlauf auch tat. Offensichtlich war die australische Regierung daran interessiert, das Problem beizulegen, ohne die chinesische Regierung zu verärgern. Das Gewähren von Abschiebungsschutz für Chen wurde als weitaus weniger provokativ angesehen als politisches Asyl. Am 8. Juli wurde Chen ein ständiges Aufenthaltsrecht in Australien zugesprochen.

Die chinesische Regierung verwahrte sich gegen die Anschuldigungen Chens und gab als Grund für dessen Asylantrag an, er wolle sich damit der Rückversetzung nach China widersetzen, die nach vierjähriger Dienstzeit im Konsulat von Sydney turnusmäßig bevorstand. Auch die Entscheidung der australischen Einwanderungsbehörde, Chen einen Aufenthaltstitel zuzugestehen, wurde von chinesischer Seite unter Hinweis auf mögliche Implikationen für die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen heftig kritisiert.

Presseberichten zufolge war Chen jedoch nicht der einzige chinesische Staatsbedienstete, der in diesem Jahr politisches Asyl begehrte und mit einem Abschiebungsschutz beschieden wurde. Bereits im Februar hatte Hao Fengjun, ein Polizist aus Tianjin, der als Tourist eingereist war, einen Asylantrag gestellt. Er hatte diesen mit gewalttätigen Übergriffen gegen Dissidenten durch Kollegen begründet, die er nicht länger mittragen könne. Pikanterweise bestätigte Hao dem Fernsehen gegenüber die Anschuldigungen Chens gegen den chinesischen Staat. Er

selbst sei vor seiner Ausreise mit der Auswertung von Informationen beschäftigt gewesen, die von chinesischen Agenten in Australien und anderen westlichen Ländern gesammelt werden.

In der Presse wurden Vermutungen geäußert, es habe im Hinblick auf die Behandlung des Asylantrags des chinesischen Diplomaten informelle Kontakte zwischen Australien und China gegeben. Insbesondere die australische Regierung hat kein Interesse an einer Belastung der bilateralen Beziehungen, hat sich das Land doch in den letzten Jahren als verlässlicher Lieferant von Kohle, Eisenerz und anderen wichtigen Basismetallen für China profiliert. Ab 2006 sollen nun auch Flüssiggaslieferungen für die energiehungrige chinesische Wirtschaft hinzukommen, und auch über mögliche Uranexporte sollen bereits Gespräche geführt werden. Darüber hinaus gibt es Überlegungen im Hinblick auf eine australisch-chinesische Freihandelszone, deren mögliche Errichtung jedoch noch eines mehrjährigen Vorlaufs bedarf. (ST, 5.6., 10.6.05; SCMP, 5.6., 9.6.05; WSJ, 6.6., 8.6., 8.7., 12.7.05; NZZ, 14.6., 15.7.05; Radio Australia, 7./9.6.05, nach BBC PF, 8./10.6.05)

8 Verhärtete Fronten im Ostchinesischen Meer

Zunächst war es Anfang Juni Japan, das gegen die Fortsetzung chinesischer Gasbohrungen im Ostchinesischen Meer protestierte. Zwar finden die Bohrungen unzweifelhaft auf chinesischem Territorium statt, doch vermutet man in Japan, dass eine mögliche Ausbeutung auch unterseeisch verbundene Vorkommen in dem zwischen Japan und China umstrittenen und von beiden Staaten gleichermaßen beanspruchten Seegebiet betreffen werde. Die chinesische Regierung lehnte die Einstellung der Bohrungen zwar rundheraus ab, schlug jedoch in geradezu versöhnlicher Manier gemeinsame Explorationen in der Region vor.

Als Ende Juni dann auch die japanische Regierung die Vergabe von konkreten Bohrlizenzen ankündigte, er-

klärte das chinesische Außenministerium, man wünsche eine gemeinsame Erschließung der Vorkommen, solange keine Einigung über die territoriale Demarkation in dem betreffenden Seegebiet hergestellt werden könne. An Japan gewandt hieß es weiter, beide Seiten sollten jedoch in jedem Fall unilaterale Handlungen unterlassen. Nachdem die japanische Regierung dessen ungeachtet am 14. Juli bekannt gab, dass die Teikoku Oil Co. die Genehmigung erhalten habe, in den von Japan beanspruchten Gewässern nach Erdgas zu bohren, blieb der chinesischen Regierung nur ein offizieller Protest. Das Außenministerium in Beijing bestellte ein Mitglied der japanischen Botschaft ein und protestierte in aller Form gegen die ernste Provokation und die Verletzung der chinesischen Souveränität. Der Konflikt zwischen Japan und China geht damit in die nächste Runde, eine Annäherung der Positionen ist nicht absehbar. (WSJ, 1.6., 30.6., 14.7., 15.7.05; SCMP, 15.7.05)

Innenpolitik

Heike Holbig / Katrin Willmann

9 „Aufwertung“ des NVK zur Konsolidierung kommunistischer Einparteiherrschaft

Das Zentralkomitee der KPCh hat Mitte Juni 2005 ein Dokument zur institutionellen Reform des Nationalen Volkskongresses vorgelegt, das in den staatlichen Medien als historischer Meilenstein in der Entwicklung des sozialistischen politischen Systems der VR China markiert wurde. Die Inhalte des ZK-Dokuments mit dem Titel „Verschiedene Ansichten zur weiteren Entfaltung der Rolle der NVK-Abgeordneten und der Stärkung der institutionellen Entwicklung des Ständigen Ausschusses des NVK“ wurde zwar nicht im vollen Wortlaut veröffentlicht, in der chinesischen Pres-

se jedoch in großer Breite dargestellt und kommentiert.

Das seit September 2004 parteiintern vorbereitete Dokument sieht vor, dass die NVK-Abgeordneten besseren und regelmäßigeren Zugang zu Informationen erhalten, um die Qualität ihrer Entscheidungen und der legislativen Arbeit insgesamt zu verbessern. Auch sollen die Aktivitäten der Abgeordneten außerhalb der Sitzungsperioden des NVK intensiviert und standardisiert werden, indem sie auf die regelmäßige Teilnahme an kollektiven Inspektionsreisen und Schulungen verpflichtet werden; durch die Bereitstellung angemessener Finanzmittel und Freistellung von anderweitigen beruflichen Verpflichtungen sei die Partizipation der NVK-Abgeordneten an diesen Aktivitäten sicherzustellen. Ziel sei es außerdem, die Arbeit des Ständigen Ausschusses (StA) des NVK und seiner Fachausschüsse professioneller und effizienter zu gestalten. Dazu sollten die Bestimmungen des Gesetzgebungsgesetzes (vgl. C.a., 2000/3, Ü 14) besser umgesetzt und die legislative Arbeit des StA in Form von öffentlichen Anhörungen, Konsultationen etc. stärker institutionalisiert werden. Die Fachausschüsse sollten ihre juristische Expertise frühzeitig einbringen, insbesondere bei der Formulierung von Verwaltungsbestimmungen und Gesetzen, die bislang in großer Zahl nicht durch den NVK, sondern durch Staatsratsorgane initiiert und oft bis zum Ende in Federführung betreut worden ist. Auch im Bereich des Petitionswesens gelte es, die Fachausschüsse und anderen Abteilungen unterhalb des StA des NVK verbindlicher in die Abarbeitung der beim NVK in großer Zahl eingehenden Petitionen von staatlichen Einheiten, Unternehmen und Bürgern einzubinden.

Aus funktionaler Perspektive mögen diese Maßnahmen im Hinblick auf die angestrebte Institutionalisierung und Professionalisierung sowie die erhofften Effizienzsteigerungen bei der legislativen Arbeit durchaus positiv bewertet werden. Aus normativer Sicht ist jedoch zu beden-

ken, dass die Maßnahmen keineswegs auf eine Stärkung des NVK als Legislative bzw. parlamentarisches Aufsichtsorgan im Sinne westlicher Modelle demokratischer Gewaltenteilung abzielen. Wie in einem autoritativen Interview mit Sheng Huaren, dem stellvertretenden Vorsitzenden und Generalsekretär des StA des NVK, besonders deutlich wurde, wird die weitere Entwicklung des NVK mit dem jüngsten ZK-Dokument vielmehr dem expliziten Ziel der „Stärkung der Regierungskapazität der Partei“ und der Konsolidierung der kommunistischen Einparteienherrschaft unterstellt. Die Entwicklung hin zu einem demokratischen Mehrparteiensystem schloss Sheng Huaren auch für die längere Frist aus.

So wird unter Bezugnahme auf die Verfassung gefordert, dass der NVK seine dort festgeschriebene formale Funktion als „höchstes Organ der Staatsmacht“ stärker als bisher realisieren solle. Dabei wird aber eben auf jene marxistisch-leninistischen bzw. maoistischen Prinzipien der Führung durch die KPCh, des „demokratischen Zentralismus“ und der „Massenlinie“ Bezug genommen, die den politischen Führungsanspruch der KPCh normativ untermauern. Die Aufwertung des NVK solle, so Sheng Huaren, dazu beitragen, dass „die Führung durch die Partei noch besser mit den Prinzipien vereinbar wird, wonach das Volk Herr im eigenen Hause ist und Regieren gemäß dem Gesetz erfolgt“. Mit anderen Worten soll der NVK in erster Linie in seiner bewährten Rolle als Legitimationsinstrument für die politische Herrschaft der KPCh gestärkt werden, indem dort noch stärker als bisher schon eine das Wahrheits- und Führungsmonopol der KPCh unterfütternde „demokratische“ Diskussions- und Partizipationskultur zur Schau gestellt wird. (RMRB, 18., 30.6.05; Xinhua, 17.6.05, nach BBC PF, 20., 21.6.05; Zhongguo Xinwen She, 2.7.05, nach BBC PF, 3.7.05) -hol-

10 Öffentliche Konsultationen über kontroversen Gesetzesentwurf zum Sachenrecht

Eine strittige Vorlage für ein Sachenrechtsgesetz (*wuquan fa*), die eigentumsrechtliche Fragen mobiler und immobilier Eigentumstitel in privaten, kollektiven und staatlichen Händen regelt, ist auf der 16. Sitzung des Ständigen Ausschusses des X. NVK Ende Juni 2005 nach dritter Lesung erneut vertagt worden. Der lang erwartete Gesetzesentwurf ist daraufhin im vollen Wortlaut in der *Renmin Ribao (Volkszeitung)* und auf der Website des NVK veröffentlicht worden (RMRB, 11.7.05, S. 1, 5-7; www.npc.gov.cn/zgrdw/common/zw.jsp?label=WXZLK&iid=339451&pdmc=zxbd; deutsche Übersetzung online abrufbar unter <http://lehrstuhl.jura.uni-goettingen.de/chinarecht/inhalt.htm>, Nr. 10.7.05/1), um öffentliche Konsultationen zu ermöglichen. Begründet wurde diese Entscheidung damit, dass das Gesetz in besonders enger Beziehung zu fundamentalen Interessen der Bevölkerung stehe und eine Berücksichtigung der Meinungen breiterer Bevölkerungskreise daher angezeigt sei.

Bis 20. August d.J. sind Volkskongressabgeordnete, Verwaltungsbehörden, Forschungseinrichtungen und schließlich auch die Bürger aufgefordert, Stellungnahmen und Kommentare zu dem Gesetzesentwurf einzusenden. Die Vorlage, die seit 1998 vorbereitet und erstmalig im Jahr 2002 im NVK zur Diskussion gestellt wurde, soll dann in zwei weiteren Lesungen des Ständigen Ausschusses im Oktober und Dezember d.J. verhandelt und nach Möglichkeit auf der nächsten Jahrestagung des NVK im März 2006 verabschiedet werden.

Wie Wang Shengming, stellvertretender Direktor des NVK-Fachausschusses für legislative Angelegenheiten, in einem Interview erläuterte, zielt das geplante Sachenrechtsgesetz in Übereinstimmung mit einer im März 2004 verabschiedeten Verfassungsänderung zum Schutz privaten Eigentums auf eine Klä-

Frage strittiger eigentumsrechtlicher Fragen. Dadurch solle ein verlässliches rechtliches Umfeld geschaffen werden, um Unternehmern und anderen Eigentümern von Vermögenswerten Planungssicherheit zu verschaffen und ihnen zu ermöglichen, ihr Eigentum der bestmöglichen Nutzung zuzuführen.

Allerdings sei in mehreren kontroversen Punkten bislang keine Einigung erzielt worden. So sei die Frage noch nicht abschließend geklärt, ob staatlichem Eigentum in dem Gesetz Vorrang vor privatem Eigentum eingeräumt werden solle oder nicht. Strittig seien ferner mehrere Bestimmungen im Zusammenhang mit der Veräußerung und Enteignung landwirtschaftlichen Grund und Bodens. Bezweifelt wird etwa die Durchsetzbarkeit eines vorgesehenen Verbots des Ankaufs von Agrarflächen durch städtische Einwohner zur privaten Nutzung (Bau privater Villen, Golfplätze etc.), wie es in den letzten Jahren offenbar zur verbreiteten Praxis geworden ist.

Gegenstand scharfer Kritik sind aber vor allem Regelungen zu Entschädigungsleistungen, die staatliche Stellen im Fall der Enteignung von Grundstücksflächen zu leisten haben. Der Entwurf bleibt hier in zentralen Passagen bislang sehr vage, wenn etwa von „angemessenen Entschädigungszahlungen“ oder der Bereitstellung „adäquater“ Ausweichunterkünfte für enteignete Immobilien die Rede ist. Auch biete die pauschale Formel des „öffentlichen Interesses“, mit der die Zwangsenteignung landwirtschaftlicher Flächen zu begründen ist, ein willkommenes Einfallstor für Missbrauch durch lokale Regierungen, die auf dieser Grundlage kaum Mühe haben dürften, die bewährte Praxis der eigennützigen Veräußerung bäuerlicher Grundstücke an Projektentwicklungsfirmen unter dem Vorwand „öffentlichen Interesses“ fortzusetzen.

Es bleibt abzuwarten, ob der nun veröffentlichte Gesetzentwurf angesichts des wachsenden Drucks, den die gehäuften sozialen Proteste gegen willkürliche Enteignun-

gen derzeit auf die politischen Entscheidungsträger ausüben, bis zur endgültigen Verabschiedung noch substanzielle Änderungen erfahren wird. (RMRB, 3., 11.7.05; Xinhua, 26.6., 10.7.05, nach BBC PF, 28.6., 13.7.05; XNA, 26.6., 1., 11.7.05; SCMP, 2., 11.7.05; ST, 11.7.05) -

11 Ideologische Erziehungskampagne der KPCh geht in die zweite Phase

Zur Jahresmitte ist die zweite sechsmonatige Phase der insgesamt auf 18 Monate angesetzten ideologischen Erziehungskampagne zur „Bewahrung der Fortschrittlichkeit der Partei“ angelaufen, die landesweit alle knapp 70 Mio. KPCh-Mitglieder durchlaufen sollen (C.a., 1/2005, Dok 11).

Nachdem in der ersten, auf nationaler Ebene seit Januar 2005 durchgeführten Phase der Kampagne 801.000 Basisorganisationen der KPCh mit 13.855 Mio. Parteimitgliedern erfasst worden sind, richtet sie sich in der zweiten Phase zwischen Juli und Dezember 2005 nun auf städtische Basisorganisationen bis hinunter auf Gemeindeebene. Konkret handelt es sich dabei um alle Parteiorganisationen in Nachbarschaftsgruppen, städtischen Wohnvierteln, sozialen Organisationen, intermediären Organisationen, Verwaltungsbehörden auf Gemeindeebene und ihnen unterstellten Einheiten, Vertretungen von Kreisverwaltungen auf Gemeindeebene, Provinz- und Kreisvertretungen sowie Geschäftsfilialen zentraler Finanzinstitutionen, Hochschulen, Berufsschulen, Mittel- und Elementarschulen in den Städten, verschiedenen auf städtischer Ebene angesiedelten Staats- und anderen Unternehmen sowie in städtischen öffentlichen Einrichtungen. Insgesamt sollen dabei rund 1,8 Mio. Basisorganisationen der KPCh mit rund 30 Mio. Parteimitgliedern erfasst werden (entsprechend etwa 52% bzw. 43% der KPCh-Basisorganisationen bzw. Parteimitglieder landesweit).

Der Beginn der zweiten Kampagnenphase fiel zeitlich mit dem 84.

Jahrestag der Gründung der KPCh am 1. Juli zusammen und war somit Anlass für ausführliche ideologische Selbstreflexionen der Partei. Wie zahlreichen offiziellen Dokumenten zu entnehmen war, zielt die Erziehungskampagne im Wesentlichen darauf ab, die KPCh durch die ideologische „Stählung“ ihrer Mitglieder als herrschende politische Kraft zu stärken. Alle Parteimitglieder sind aufgefordert, sich mit dem Parteistatut, dem „wichtigen Gedanken der Dreifachen Repräsentation“, dem Erhalt ihrer ideologischen Fortschrittlichkeit und der Identität der KPCh auseinander zu setzen. Wie die Umsetzungsbestimmungen für die zweite Phase der Kampagne nahe legen, dient die inhaltliche Beschäftigung mit diesen ideologischen Fragen zugleich wichtigen organisatorischen Zwecken. Zum einen gilt es, die große Zahl an KPCh-Basisorganisationen als politische und gesellschaftliche Mobilisierungsinstrumente zu revitalisieren, nachdem im Zuge der wirtschaftlichen und sozialen Reformen immer mehr von ihnen ihre Funktionsfähigkeit verloren haben. Zum anderen zielt die Kampagne darauf ab, gewissermaßen einen internen „Zensus“ der disparaten Parteimitgliedschaft durchzuführen, „verlorene Schafe“ aufzuspüren und untaugliche Parteimitglieder auszusondern.

Gerade das letztere Ziel stellt auf der Ebene städtischer Basisorganisationen angesichts der großen sozialen Fluktuationen der zurückliegenden Jahre eine besonders große Herausforderung dar. So sind die Parteiorganisationen auf dieser Ebene dringend aufgerufen, alle Anstrengungen zu unternehmen, ehemals verzeichneten KPCh-Mitgliedern nachzuforschen, die aufgrund von Entlassung, Arbeitsplatzwechsel oder Wegzug der Kontrolle ihrer angestammten Parteiorganisationen entzogen wurden. Auch sollen ehemals im ländlichen Umfeld organisierte Parteimitglieder aufgespürt werden, die mittlerweile Anstellung in den urbanen Regionen gefunden haben.

Angesichts der großen Zahl involvierter Basisorganisationen und

Parteimitglieder wird der erhebliche organisatorische Aufwand deutlich, mit dem die Implementierung der Erziehungskampagne verbunden ist. Wiederholte Appelle, dabei die Effizienz der laufenden Arbeit nicht aus den Augen zu verlieren, weisen indirekt auf die faktischen Effizienzeinbußen in Verwaltungsbehörden, Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen im ganzen Land hin, die die Parteiführung als Preis für die ideologische und organisatorische Stärkung ihrer Basis offenbar hinzunehmen bereit ist. (RMRB, 28.6., 1., 4.7.05; Xinhua, 3., 27., 30.6., 15.7.05, nach BBC PF, 8., 30.6., 2., 19.7.05; XNA, 25.6., 7.7.05) -hol-

12 Steigender Anteil von KPCh-Mitgliedern unter Studenten

Pünktlich zum 84. Jahrestag der Gründung der KPCh am 1. Juli 2005 brüstete sich die Partei in der staatlichen Presse mit statistischen Daten, die die steigende Attraktivität einer Parteimitgliedschaft unter Studenten belegen.

Danach seien unter den 2,42 Mio., die im Jahr 2004 der Partei als neue Mitglieder beigetreten sind (vgl. C.a., 3/2005, Dok 15), 195.000 Hochschulstudenten gewesen. Der Anteil der KPCh-Mitglieder unter Studenten sei damit von 1,16% im Jahr 1990 auf rund 8% im Jahr 2004 gestiegen. Für das Jahr 2007 wird eine weitere Erhöhung dieses Anteils auf rund 12% prognostiziert. Der Anteil der Parteimitglieder unter Hochschulabsolventen, der derzeit bei rund 35% liegt, dürfte in den kommenden Jahren etwa konstant bleiben, so die Prognose.

Die Entscheidung von Hochschulstudenten für einen Beitritt zur KPCh wird als eine „zentrale Entscheidung“ in ihrem persönlichen und beruflichen Werdegang bezeichnet, vergleichbar „der Aufnahme einer Arbeitsstelle, dem Abschluss eines Hochschulstudiums oder der Absolvierung eines Auslandsstudiums“. Wie diese Vergleiche nahe legen, dürften es in erster Linie pragmatische Kalküle der indi-

viduellen Karriereplanung sein, die die häufigste Motivation für eine Parteimitgliedschaft unter Studenten darstellen. Die Betonung ideologischer und „philosophischer“ Überzeugungen, die sie zum Parteibeitritt motiviere, erscheint hingegen eher als implizites Dementi einer verbreiteten Ansicht, wonach ideologische Werte unter jungen Chinesen kaum mehr Anklang fänden. (XNA, 1.7.05; ST, 2.7.05) -hol-

13 Weitere Maßnahmen im Gefolge des Entwicklungsplans für ethnische Minderheiten

Nach den Beratungen des Politbüros der KPCh und der hochrangig besetzten Zentralen Arbeitskonferenz zu ethnischen Fragen Ende Mai 2005, veröffentlichte der Staatsrat einen Entwicklungsplan zur Unterstützung der kleinen ethnischen Minderheiten in den Jahren 2006 bis 2010 (vgl. C.a., 3/2005, Dok 27) sowie neue Bestimmungen zum regionalen Autonomiegesetz für ethnische Minderheiten. Des weiteren nahm die parteistaatliche Führung personelle Umbesetzungen in zwei der betroffenen westchinesischen Autonomen Regionen, in Tibet und Xinjiang, vor.

Die Situation der ethnischen Minderheiten in der VR China hatte zuvor im Februar d.J. im Weißbuch zur regionalen Autonomie ethnischer Minderheiten und im Mai d.J. im Weißbuch zur Menschenrechtssituation im Blickpunkt des parteistaatlichen Interesses gestanden (vgl. C.a., 2/2005, Dok 12; 3/2005, Dok 16). Die nun veröffentlichten neuen Bestimmungen zum regionalen Autonomiegesetz für ethnische Minderheiten spezifizieren das seit 1984 bestehende Gesetz weiter und passen es an die „neue ökonomische und soziale Entwicklung“ (RMRB online, 31.5.05) an. Nach der Veröffentlichung des Gesetzes wurden damit seit 2001 zum zweiten Mal Änderungen vorgenommen.

Im Kern greifen die neuen Bestimmungen die Zielvorgaben der Zentralen Arbeitskonferenz sowie des

Entwicklungsplans auf: So misst die parteistaatliche Führung der Entwicklung regionaler Autonomiegebiete ethnischer Minderheiten große Bedeutung bei, um dadurch die langfristige Stabilität und die Einheit des Landes zu wahren. Zu bemerken ist dabei jedoch, dass die wirtschaftliche Entwicklung durchaus zentralstaatlichen Bedürfnissen genügen soll. So wird beispielsweise der Erschließung von Energieresourcen zur Deckung des steigenden Energiebedarfs ein eigener Artikel gewidmet. Der Staatsrat gab mit den neuen Bestimmungen die Vorlage für zugehörige lokale Bestimmungen, welche auf die jeweilige besondere lokale Situation der Minderheiten eingehen sollen, wie der Vizeminister der Staatlichen Kommission für ethnische Angelegenheiten, Mou Benli, ausführte.

In den zwei größten überwiegend von ethnischen Minderheiten besiedelten Autonomen Regionen Tibet und Xinjiang wurden im Juni d.J. mehrere Partei- und Verwaltungsämter neu besetzt. Zu den wichtigsten Neubesetzungen zählen Hu Chunhua, der zum stellvertretenden Parteisekretär des Parteikomitees der KPCh in Tibet ernannt wurde, Nie Weiguo, neuer politischer Kommissar des Xinjianger Produktions- und Konstruktionskorps (XJPKK), sowie Hua Shifei, neuer Kommandeur des XJPKK.

Der heute 42-jährige Hu Chunhua war in der Vergangenheit im Zentralkomitee der Kommunistischen Jugendliga, der Machtbasis des Staats- und Parteichefs Hu Jintaos, tätig, und arbeitete zeitgleich mit Hu Jintao in den 1980er und 1990er Jahren in der Autonomen Region Tibet. Hu Jintao fungierte zu der Zeit als Sekretär des Parteikomitees der KPCh, Hu Chunhua als stellvertretender Sekretär der Kommunistischen Jugendliga in Tibet. Nie Weiguo sammelte für seine neue Position bereits Erfahrungen während seiner Tätigkeit als stellvertretender Sekretär des Parteikomitees der regierungsunmittelbaren Stadt Chongqing. Dort war er u.a. für die Verbindung zu den militärischen Einheiten verantwortlich

und konnte ebenfalls Einblicke in die Lösung der „drei ländlichen Probleme“ (*san nong wenti*: Landwirtschaft, ländliche Gebiete und Bauern) gewinnen. In Nies neuem Amt wird es zu seinen Kernaufgaben gehören, Ödland zu erschließen und die Außengrenzen zu bewachen. Hua Shifei kann bereits auf Arbeitserfahrungen innerhalb des XJPKK zurückgreifen.

Das XJPKK nimmt in der Verwaltungsstruktur der VR China eine Sonderstellung ein. Es handelt sich um die einzige Einheit, die Aufgaben der Partei, der Regierung, des Militärs sowie der Wirtschaft vereint. Einerseits ist das Korps somit für die wirtschaftliche Entwicklung Xinjiangs und andererseits für die Verteidigung der Außengrenzen und den Schutz der Einheit des gesamten Landes verantwortlich. Gerade im Hinblick auf die jüngsten gewaltsamen gesellschaftlichen Unruhen gegen die politische Führung in den zentralasiatischen Ländern Kirgisien und Usbekistan im März und Mai d.J. dürfte dem Korps die Funktion zukommen, derartige Gewaltausbrüche gegen die staatliche Obrigkeit im benachbarten Xinjiang zu verhindern.

Beide Führungspositionen sind für die parteistaatliche Führung von besonderer Relevanz, stellen doch beide betroffenen Autonomen Regionen ethnischer Minderheiten die größte Herausforderung für die Einheit der VR China dar. Während die muslimischen Uighuren Xinjiangs ihre Unabhängigkeit anstreben, fordern die Tibeter erweiterte Autonomierechte. Einen weiteren wunden Punkt stellt die Funktion Xinjiangs als Energielieferant für die VR China dar. Die zugehörige Infrastruktur wie Ölraffinerien, Ölpipelines und Kraftwerke könnte schnell zum Angriffspunkt gewaltbereiter Aufständischer werden. Die Regierung der VR China dürfte daher auf loyale und erfahrene Mitarbeiter an den entscheidenden Schaltstellen setzen. Bei der Befriedung der „gefährdeten“ Gebiete setzt die parteistaatliche Führung folglich auf *soft power* in Form einer forcierten sozialen und ökonomischen Entwicklung au-

tonomer Regionen ethnischer Minderheiten, wie sie in den Bestimmungen und dem Entwicklungsplan dargelegt wurde, und *hard power* in Form von militärischen Eingreiftruppen. (Xinhua, 25., 31.5.05, nach BBC PF, 1., 3.6.05; DGB website, 6.6.05, nach BBC PF, 9.6.05; RMRB online, 27., 31.5.05; *China Brief*, 7.6.05) -kw-

14 Abschaffung der Gemeindeverwaltungen? Vorschläge für eine neue Runde administrativer Reformen

In der Beijing-freundlichen Hongkonger Zeitung *Ta Kung Pao*, die gern genutzt wird, um kontroverse politische Themen der VR China zur Kenntnisnahme auf dem Festland selbst zu lancieren, fanden sich im Berichtszeitraum Juni und Juli 2005 zwei Beiträge mit Vorschlägen chinesischer Verwaltungsexperten für eine neue Runde administrativer Reformen.

Professor Zhou Tianyong, Direktor der Forschungsabteilung der einflussreichen Zentralen Parteihochschule in Beijing, benannte als Grundproblem der gegenwärtigen Verwaltungsstrukturen, dass mit dem Übergang zu einer Marktwirtschaft die Kompetenzen der einzelnen Regierungsbehörden in zunehmendem Maße mit den Interessen einzelner Personen und Wirtschaftssektoren verflochten seien. Einige Behörden seien dadurch zur Brutstätte korrupter Machenschaften geworden; zahllose administrative Genehmigungsvorschriften auf den verschiedenen Ebenen hemmten die wirtschaftliche Effizienz.

Ziel einer neuen Runde von Verwaltungsreformen müsse es daher sein, die gegenwärtige Dominanz partikularer Ressortinteressen innerhalb des Verwaltungsapparats abzubauen und stattdessen ressortübergreifende Aufgaben im Bereich öffentlicher Dienstleistungen und des kompetenten Managements gesellschaftlicher Belange in den Vordergrund zu stellen. Zur Erreichung dieses Ziels nannte Zhou Tianyong vier

Maßnahmenpakete:

1. Zur Erhöhung administrativer Effizienz gelte es, aufgeblähte bürokratische Apparate zu verschlanken und funktionale Überschneidungen und Doppelungen zwischen verschiedenen Behörden zu vermeiden. „In der kurzen Frist“ ziele man darauf ab, die administrative Ebene der ländlichen Gemeinden und Marktstädte (*xianzhen*) als die unterste Ebene der fünfstufigen Verwaltungshierarchie abzuschaffen; in der längeren Frist sei zudem eine Abschaffung der zwischen der Provinz- und der Kreisebene angesiedelten Präfektur-Ebene zu erwägen. Auf den unteren Verwaltungsebenen, wo bislang der breite Ressortzuschnitt der höheren Ebenen meist repliziert wird, sollte die Zahl der Ressorts außerdem reduziert werden. Abgesehen von zentralen Kompetenzen im Bereich der Finanzen, Öffentlichen Sicherheit und Zivilverwaltung könnten andere Aufgabenbereiche fusioniert werden.
2. Die Kriterien für die Auswahl und Anstellung öffentlicher Bediensteter gelte es weiter zu standardisieren; kompetitive Mechanismen und Prüfungen müssten weiter Einzug halten, um einen professionellen Verwaltungsstab heranzubilden.
3. Regierungsbehörden müssten in ihrem Handeln stärker als bisher gesetzlichen „Checks and Balances“ unterworfen werden. Rechtliche Bestimmungen müssten gegenüber administrativen Vorschriften, wie sie gerade auf lokaler Ebene häufig diskretionären Einsatz finden, klaren Vorrang erhalten.
4. Um die gesellschaftliche Aufsicht über die Verwaltung zu erleichtern, gelte es, die Transparenz wichtiger Gesetze, Regulierungen, Informationen und Entscheidungen der Regierungen auf allen administrativen Ebenen zu erhöhen.

Zur Abgrenzung von politischen Reformvorstellungen westlicher Provenienz hob Professor Zhou abschließend hervor, dass die Einparteiensherrschaft durch die KPCh sowie „angemessene Restriktionen“ im Medienbereich die Grundbedingung seien, um ein stabiles politisches und gesellschaftliches Umfeld für die weitere wirtschaftliche Entwicklung zu bewahren. Von direkten Wahlen auf den höheren Verwaltungsebenen sollte auch weiterhin Abstand genommen werden. Während im wirtschaftlichen Bereich weiterhin auf eine Dezentralisierung zu setzen sei, sollte das politische System bis auf weiteres zentralistisch verfasst bleiben.

Unter den vorgeschlagenen Maßnahmen würden vor allem die Abschaffung der Gemeinde- (und längerfristig eventuell auch der Präfektur)verwaltungen sowie die Verschlingung des Ressortzuschnitts auf den unteren Ebenen schwerwiegende Eingriffe in die bestehende administrative Hierarchie und in die angestammten Interessen lokaler Funktionäre bedeuten. Das potenzielle Ausmaß dieser Eingriffe wird anhand einer jüngst in der *Fazhi Ribao (Legal Daily)* veröffentlichten Statistik deutlich, wonach in der VR China jeweils 18 Einwohner einen aus öffentlichen Mitteln finanzierten Staatsbediensteten unterhielten; in den USA liege das entsprechende Verhältnis bei 1:94 (zugrunde gelegt ist dabei ein weiter Begriff des Staatsbediensteten, der vielfältige Funktionsbereiche für Regierungs- und Verwaltungseinrichtungen umfasst). Diese Aufblähung des Öffentlichen Dienstes gelte es wiederum nach Meinung Zhou Tianyongs dringend abzubauen. Dazu solle auch ein neues Gesetz dienen, das klare Prinzipien für die Verwendung von Steuergeldern verbindlich festschreibe.

Die Probleme, die mit solchen tiefgreifenden Einschnitten in den Verwaltungsapparat des Landes einhergehen, stellte Fan Hengshan, Direktor der Abteilung für wirtschaftliche Restrukturierung unter der Staatlichen Kommission für Entwicklung und Reform, ebenfalls in der *Ta Kung Pao* heraus. Nach seiner Dar-

stellung würden weitere administrative Reformen durch starke Widerstände aus den Reihen verschiedener Ressorts und lokalen Regierungsbehörden behindert. Auch wenn generell Konsens bestehe, dass die andauernden wirtschaftlichen Strukturereformen notwendigerweise Reformen des administrativen und politischen Systems nach sich ziehen, sei es extrem schwierig, einzelne Behörden und Individuen dazu zu bringen, von ihren Eigeninteressen abzusehen. (DGB, 4.6., 14.7.05, nach BBC PF, 8.6., 14.7.05; *Fazhi Ribao*, 13.6.05; XNA, 13.6.05) -hol-

15 Neuerliche Gewaltkonflikte in Zhejiang und Hebei

In den Monaten Juni und Juli 2005 fanden sich in den internationalen und teilweise auch in den chinesischen Medien Berichte über neuerliche gewaltsame Zusammenstöße zwischen Protestierenden und staatlichen Sicherheitskräften in verschiedenen ländlichen Regionen Chinas. Grund der Proteste waren in mehreren Fällen gravierende Umweltverschmutzung durch lokale Industrien und die Zwangsent eignung von landwirtschaftlich genutzten Flächen. Die parteistaatliche Führung reagierte mit intensivierte Bemühungen, die Proteste lokal einzudämmen und sich gegenüber den Belangen der Protestierenden responsiv zu zeigen.

Zu wiederholten Protesten gegen umweltverschmutzende Unternehmen kam es in der wohlhabenden südostchinesischen Provinz Zhejiang. Wie zuletzt berichtet, war es dort erst im April d.J. in einem Dorf auf dem Gebiet der Kreisstadt Dongyang zu gewaltsamen Ausschreitungen von geschätzten 30.000 Bauern gegen mehrere tausend staatliche Sicherheitskräfte gekommen, bei denen sechs Polizisten getötet und 128 Personen verletzt worden sein sollen. Grund der Proteste war ein mehrjähriger Konflikt um den Bau lokaler Chemiefabriken und die daraus resultierende Umweltverschmutzung. Im Gefolge hatten die lokalen Behörden eine vorübergehende Schließung der Fa-

brik und Umweltschutzmaßnahmen zugesagt (vgl. C.a., 3/2005, Dok 19).

Ende Juni besetzten im Dorf Jianxia in derselben Provinz mehrere hundert Bauern eine Autobatteriefabrik, schlossen rund tausend Arbeiter in der Fabrik ein und zwangen den Betreiber zum Produktionsstillstand. Sie protestierten damit gegen die anhaltende Luftverschmutzung durch die Fabrik, die zu gravierenden gesundheitlichen Problemen der Anwohner geführt habe. Nach Einschaltung der Lokalregierung und der Polizei wurde ein vorübergehender Produktionsstopp erwirkt.

Im Kreis Xinchang, auch in der Provinz Zhejiang gelegen, unternahmen Anfang Juli ebenfalls mehrere hundert Bauern einen bewaffneten Angriff gegen ein pharmazeutisches Unternehmen, um dessen Schließung und Umsiedlung zu erzwingen. Dem Unternehmen wurde vorgeworfen, bei der Herstellung von Antibiotika stark umweltverschmutzende und gesundheitsgefährdende Substanzen freizusetzen. Im Lauf mehrerer Tage und Nächte eskalierte der Konflikt durch den Einsatz schwer bewaffneter Polizeieinheiten, die sich mit den bis zu 15.000 Anwohnern Gefechte lieferten, bis die Unruhen schließlich eingedämmt werden konnten. Nach offiziellen Angaben soll der Konflikt Mitte Juli einvernehmlich gelöst und eine Zusage der Lokalregierung erteilt worden sein, die Fabrik bis 2007 an einen anderen Standort umzusiedeln. Hongkonger Quellen berichteten hingegen, die Proteste seien gewaltsam unterdrückt und der Konflikt keineswegs beigelegt worden. Wie ein vor Ort recherchierender Korrespondent der *New York Times* aus den Äußerungen von Augenzeugen folgerte, hatten die Einwohner aus der drei Monate zuvor beobachteten Protestdynamik im rund 80 km entfernten Dongyang gelernt. Der relative Erfolg der dortigen Proteste habe die Bewohner im Kreis Xinchang dazu ermutigt, ihre Forderungen durch die Mobilisierung einer großen Zahl von Teilnehmern und ggfs. durch den Einsatz von Gewalt durchzu-

setzen (IHT, 20.7.05). In der Tat erscheinen Umweltprobleme in einer so dicht bevölkerten Region wie Zhejiang dafür prädestiniert, Lernprozesse im kollektiven Handeln betroffener Bevölkerungsteile auszulösen.

Ebenfalls zur Gewalteskalation sozialer Proteste führte Mitte Juni ein Konflikt in der Provinz Hebei, der im Zusammenhang mit der staatlichen Enteignung landwirtschaftlicher Flächen für den Bau einer Kraftwerks-Deponie entstanden war. Wie ebenfalls in der internationalen Presse berichtet wurde, waren protestierende Bauern im Dorf Shengyou des Kreises Baoding, Stadt Dingzhou, die das strittige Gelände wegen unzureichender Entschädigungszahlungen für das enteignete Land besetzt hatten, von einer knapp 300-köpfigen Truppe bewaffneter Milizen überfallen worden, die auf Veranlassung lokaler Behördenvertreter zur Auflösung der Proteste bestellt worden sein sollen. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen, bei denen sechs Protestierende getötet und 51 weitere schwer verletzt worden sein sollen, wurden von einem Augenzeugen auf Video aufgezeichnet und gelangten so auf die Website der *Washington Post* und damit vor ein internationales Medienpublikum. Offenbar gab dieser informationspolitische „Unfall“ den Anlass dafür, dass die parteistaatliche Führung in diesem Fall mit rigorosen Sanktionen gegen verantwortliche Funktionäre und Milizionäre vorging. Wie der staatlichen Presse zu entnehmen war, wurden mehrere Parteisekretäre von der Dorf- bis auf Stadtebene aus ihren Ämtern entlassen und gegen mehrere Dutzend Angehörige der lokal rekrutierten Miliz formal Anklage erhoben. Mit Verweis auf Entschädigungsklauseln im bestehenden Landnutzungsrecht wurde ferner zugesagt, die Enteignung der strittigen Flächen rückgängig zu machen und einen alternativen Standort für den Bau der Kraftwerks-Deponie zu wählen. Die protestierenden Bauern haben damit auch hier zumindest vorerst einen gewissen Erfolg erzielt.

Angesichts der gehäuften Berichte über „Massenproteste“ in verschiedenen Landesteilen Chinas zeigt sich die parteistaatliche Führung – neben einer Professionalisierung der paramilitärischen Einheiten der „Bewaffneten Volkspolizei“ – zunehmend um ein responsives Auftreten bemüht. So wird die Umsetzung der jüngsten Reform des Petitionssystems, die zum Ziel hat, lokale Konflikte auf lokaler Ebene zu bewältigen, landesweit verstärkt vorangetrieben (vgl. C.a., 2004/11, Ü 11, 1/2005, Dok 10). Auch die zu Jahresanfang eingeleitete ideologische Kampagne zur „Bewahrung der Fortschrittlichkeit der Parteimitglieder“ (vgl. C.a., 1/2005, Dok 11) wurde zuletzt mit der Begründung, dass mangelnde ideologische Qualifizierung und Inkompetenz lokaler Parteifunktionäre das Aufblühen sozialer Proteste begünstigen würden, in den Dienst der Bekämpfung von Massenprotesten auf lokaler Ebene gestellt (vgl. Dok oben).

Auf höchster parteistaatlicher Ebene wurde schließlich unter der von Staats- und Parteichef Hu Jintao persönlich propagierten Formel einer „harmonischen sozialistischen Gesellschaft“ (*shehuizhuyi hexie shehui*) die Wahrung sozialer Stabilität als zentrale Voraussetzung für die weitere nationale Entwicklung Chinas und den letztendlichen Erfolg der Reformen in den Vordergrund gerückt. In den Massenmedien wurde die Bevölkerung aufgefordert, soziale Konflikte als unvermeidliches „Nebenprodukt“ der sich im Reformprozess notwendig wandelnden Interessenstrukturen zu begreifen und ihren Unmut in „regulären“ Bahnen und innerhalb des gesetzlichen Rahmens zu artikulieren. Ob diese Appelle angesichts der beobachtbaren Dynamik gewaltsam ausgetragener Konflikte ihre Wirkung erzielen, ist fraglich. (RMRB, 1., 27.6.05; Xinhua, 22., 23., 26.6., 11., 20., 22., 27.7.05; nach BBC PF, 24., 25.6., 2., 21., 22., 23., 28.7.05; XNA, 5., 10., 22.6.05; SCMP, 17., 30.6., 1., 4., 11., 19., 20., 21., 23.7.05; IHT, 20.6., 20.7.05; WSJ, 11., 22.7.05; ST, 16.6., 1.,

8.7.05; DGB, 12.7.05, nach BBC PF, 13.7.05) -hol-

16 Der Fall Ching Cheong: Kritischer Journalist oder patriotischer Politikberater?

Die Festnahme Ching Cheongs, des China-Korrespondenten der *Straits Times*, im April 2005 im südchinesischen Guangzhou (vgl. C.a., 3/2005, Dok 17) hat im zeitlichen Umfeld des 16. Jahrestags der Niederschlagung der Studentenproteste am 4. Juni 1989 in Hongkong und internationalen Journalistenkreisen hohe Wellen geschlagen. Im Laufe der intensiven öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Fall sind vielfältige Hintergrundinformationen und Spekulationen über Ching Cheongs Verhältnis zur parteistaatlichen Führung in Beijing bekannt geworden, die den Fall äußerst komplex erscheinen lassen.

Wie das chinesische Außenministerium Ende Mai mitteilte, werde dem in China gebürtigen Ching Cheong vorgeworfen, er habe im Auftrag eines ausländischen Geheimdienstes auf dem Festland Spionagedienste geleistet und dafür einen hohen Geldbetrag erhalten. Ching habe bereits ein Teilgeständnis abgelegt. Einige Tage später wurde Mary Lau, seine in Hongkong wohnhafte Frau, von den zuständigen Hongkonger Sicherheitsbehörden offiziell darüber informiert, dass ihr Mann sich in Beijing unter Hausarrest befinde, bis die Vorbereitungen für einen formalen Haftbefehl und eine gerichtliche Anklage gegen ihn abgeschlossen seien. Nach verschiedenen Interventionen von Hongkonger Regierungsvertretern und Abgeordneten der Legislativversammlung sowie der persönlichen Einschaltung des neuen Hongkonger Regierungschefs Donald Tsang, der sich Ende Juni anlässlich der offiziellen Eidschwörung in sein Amt in Beijing mit Liao Hui, dem Direktor des Staatsratsbüros für Angelegenheiten Hongkongs und Macaus, über den Fall verständigte, schienen sich die Aussichten auf eine baldige Freilassung Ching Cheongs verbessert

zu haben. Ende Juli war Ching Cheong jedoch noch immer in Haft.

Mehrere Organisationen appellierten an die chinesische Führung, dem 55-jährigen Ching Cheongs ein faires Gerichtsverfahren zu gewähren bzw. ihn auf freien Fuß zu setzen. Die University of Hong Kong, an der Ching 1973 seinen Hochschulabschluss erworben hatte, eine Allianz aus verschiedenen Hongkonger Nichtregierungsorganisationen, die Hong Kong Journalist Association und andere Journalistenverbände der SVR, aber auch internationale Organisationen wie Reporter ohne Grenzen und International Freedom of Expression Exchange starteten zum Teil sehr erfolgreiche Unterschriftenkampagnen – die letztgenannte Initiative mobilisierte rund 500.000 Unterschriften von Journalisten aus über 100 Staaten weltweit. Als mutmaßliche Ursache für die Festnahme Ching Cheongs, gegen die diese Petitionen protestierten, galt sein angeblicher Versuch, über einen Mittelsmann in Guangzhou eine Abschrift der von Zong Fengming verfassten Memoiren des 1989 gestürzten Zhao Ziyang zu erhalten (vgl. C.a., 3/2005, Dok 17).

Weitere Informationen über mögliche Hintergründe der Festnahme Ching Cheongs erbrachte jedoch ein in drei Hongkonger Tageszeitungen abgedruckter offener Brief, den seine Frau Mary Lau Anfang Juni an den chinesischen Staats- und Parteichef Hu Jintao richtete. Darin appellierte sie an die chinesische Führung, ihrem Mann in Anbetracht der Tatsache, dass dieser in den vergangenen Jahren wichtige politikberatende Funktionen für die parteistaatliche Führung ausgeübt habe, eine schonende Behandlung zu gewähren. Wie Frau Lau darstellte und zum Teil ausführlich belegte, habe ihr Mann in enger Verbindung zu Lu Jianhua, einem Soziologen an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, prominenten Fernseh-Talkshow-Gast und angeblich engem Berater der Parteispitze unter Hu Jintao, gestanden. Zu dem offenen Brief sei sie durch die jüngste Nachricht von der

Festnahme des 45-jährigen Lu Jianhua unter dem Verdacht der Veruntreuung von Staatsgeheimnissen veranlasst worden. Unter anderem habe Ching Cheong diesem vor dem Hintergrund der politischen Instabilität der SVR im vergangenen Jahr zahlreiche Interviewkontakte mit namentlich genannten hochstehenden Hongkonger Politikern vermittelt (was von diesen später teilweise bestätigt wurde). Letztendlich hätten diese von Ching vermittelten und von Lu Jianhua geführten Interviews dazu beigetragen, dass die Beijinger Führung sich für die Absetzung Tung Chee-hwas und die Bestellung Donald Tsangs zum neuen Hongkonger Regierungschef entschieden hätten. Auch die Entscheidung der Beijinger Führung, die taiwanesischen Oppositionspolitiker Lien Chan und James Soong zu einem Besuch auf das Festland einzuladen (vgl. C.a., 3/2005, S. 17-24, Dok 4), sei auf einen konkreten Vorschlag ihres Mannes zurückgegangen, den dieser Lu Jianhua gegenüber persönlich formuliert habe. Dank der jahrelangen engen persönlichen Verbindung zu Lu Jianhua habe Ching Cheong in der Tat über zahlreiche interne politische Informationen verfügt, wie sie sich etwa auf dem Laptop ihres Mannes befänden, dessen sich die festländischen Sicherheitskräfte habhaft gemacht hätten. Ching Cheong aufgrund seiner Aktivitäten auf dem Festland den Vorwurf der Spionage zur Last zu legen, sei unangemessen und werde seinem jahrelangen Einsatz für die nationalen Interessen Chinas nicht gerecht.

Wie diese Informationen nahe legen, dürfte Ching Cheong in den zurückliegenden Jahren eine sehr ambivalente Rolle zwischen kritischem Journalismus und „patriotischer“ Politikberatung im Umkreis der parteistaatlichen Einheitsfrontarbeit in Hongkong und Taiwan gespielt haben. Der 55-Jährige hatte in den 1980er Jahren als Reporter für die Beijing-freundliche Hongkonger Zeitung *Wen Wei Po* gearbeitet, nach den Tiananmen-Ereignissen im Juni 1989 seine Tätigkeit dort jedoch aufgegeben. Seine pat-

riotische Haltung gegenüber China hatte er jedoch nach eigenen Aussagen trotz seiner kritischen Haltung gegenüber der Niederschlagung der Proteste durch die damalige parteistaatliche Führung niemals aufgegeben. Erst im März diesen Jahres hatte er in einem in Hongkong ausgestrahlten Rundfunkinterview geäußert, dass, wenn er und andere Reporter kritisch gegenüber China seien, „it is because we want the country to get better [...] Patriotism is not the same as singing the praises of your country“ (zitiert nach ST, 27.6.05). (*Ming Pao*, 3., 14.6.05; SCMP, 1., 2., 3., 4., 5., 6., 8., 9., 14., 23., 28.6., 2., 3., 6., 24.7.05; ST, 1., 2., 3., 4., 5., 8., 9., 27., 29.6., 8., 9.7.05; WSJ, 31.5., 1., 2., 7.6.05; *The Standard*, 20.6.05, nach BBC PF, 21.6.05; Kyodo News Service, 31.5.05, nach BBC PF, 1.6.05) -hol-

17 Hochrangige Funktionäre größte Zielgruppe von Korruption

Wie die Parteizeitung *Renmin Ribao* Mitte Juli 2005 berichtete, zog der Minister für Verwaltungskontrolle, Li Zhilun, eine positive Zwischenbilanz der Antikorruptionsarbeit seiner Behörde seit dem XVI. Parteitag der KPCh im September 2002.

So konnten nicht nur Erfolge in der Aufdeckung, sondern auch in der Prävention von Korruptionsdelikten verzeichnet werden. Gleichzeitig benannte der Minister die Faktoren, die zur Aufrechterhaltung des Problems in den Regierungs- und Verwaltungsorganen beitragen. Dazu zählte er die mangelhaften institutionellen Mechanismen, die weiterhin Möglichkeiten für Amtsmissbrauch böten, die unzureichenden Kontrollmechanismen in einigen Regierungsbehörden sowie das fehlende Problembewusstsein einer Vielzahl öffentlicher Bediensteter.

Ungeachtet dieses positiven Berichts rissen die Meldungen über aufgedeckte Fälle von Amtsmissbrauch in Führungspositionen im Berichtszeitraum nicht ab. Im ohnehin in die Kritik geratenen Finanzsektor der VR China wurde im Juni ein wei-

terer Fall von Korruption bekannt. Xu Fangming, Direktor der Finanzabteilung des Finanzministeriums wird beschuldigt, Bestechungsgelder entgegengenommen zu haben.

In den vergangenen Monaten waren drei der vier großen Staatsbanken, die Bank of China, die China Construction Bank und die Agricultural Bank in größere Finanzskandale verwickelt, als bekannt wurde, dass Mitarbeiter sich an Bankeinlagen bereichert oder Bestechungsgelder empfangen hatten (vgl. C.a. 2/2005, Dok 14). Der jüngst überführte Täter soll nun seine Führungsposition im Finanzministerium missbraucht haben, zumal seine Abteilung die Regierung als größten Anteilseigner in den Staatsbanken, bei den Anlageberatungsunternehmen, den staatlichen Entwicklungsbanken und den staatlich kontrollierten Sicherheitsfirmen repräsentiert. Xu Fangming sitzt ferner im Aufsichtsrat von Central Huijin Investment, einer Investmentfirma, die den Mehrheitsanteil der Regierung in den vier Staatsbanken vertritt.

Chen Xiaojia, Mitarbeiter der Beijinger Behörde für Bauwesen, Abteilung Großprojekte, wurde gleichfalls der Korruption überführt. Wegen Bestechlichkeit wurde er Ende Juni 2005 zu einer Haftstrafe von 14 Jahren verurteilt. Bei der Vergabe von Baugenehmigungen soll er in den Jahren 2000 bis 2004 insgesamt 132,9 Mio. Yuan Schmiergelder von drei Baufirmen angenommen haben.

Wie die jüngsten Beispiele verdeutlichen, machen sich zunehmend hochrangige Kader der Korruption schuldig. Dass in den vergangenen Jahren vornehmlich Angestellte in Führungspositionen als besonders empfänglich anzusehen sind, wird auch in einer wissenschaftliche Studie des Korruptionsexperten Wedeman belegt, der vor allem dort eine steigende Zahl von Korruptionsfällen beobachtet hat.

Unterdessen werden in den Medien immer wieder neue Ansätze bekannt, mit denen dieses dringlich zu lösende Problem, das schon häufig Auslöser für gesellschaftli-

che Unruhen war, bewältigt werden soll. So sollen in den Antikorruptionskampf künftig alle gesellschaftlichen Gruppen miteinbezogen werden. Beispielsweise rief der Allchinesische Frauenverband die Ehefrauen öffentlicher Bediensteter, insbesondere hochrangiger Funktionäre, dazu auf, eine „family firewall“ gegen Korruption zu errichten (SCMP, 7.6.05), indem sie zum einen ihre Ehemänner dabei unterstützen sollten, Bestechungsversuchen zu widerstehen und zum anderen nicht selbst Druck auf ihre Ehemänner ausüben sollten, Schmiergelder hinzu verdienen zu müssen (zur Ausweitung der Erziehungsmaßnahmen auf die Schulen siehe die Dokumentation hinten im Heft in der Rubrik „Bildung“). (WSJ, 21.6.05; SCMP, 7., 21.6.05; SCMP, 27.6.05, nach BBC PF, 28.6.05; XNA, 6., 28.6., 5.7.05; Wedeman, Andrew (2004), „The Intensification of Corruption in China“, in: *China Quarterly*, Vol. 180, S. 895-921) -kw-

18 Zahl der Minenunglücke steigt stetig

Meldungen über Minenunglücke in Kohlebergwerken füllten auch im Berichtszeitraum Juni bis Juli 2005 die chinesische Presse (zu den vorangegangenen Minenunglücken siehe C.a., 2004/10, Ü 17, 2004/11, Ü 16, 2/2005, Dok 18).

Das schwerste Grubenunglück ereignete sich am 11. Juli d.J. in der westchinesischen Autonomen Region Xinjiang, in der Nähe der Stadt Fukang, 62 km entfernt von der Hauptstadt Urumuqi. Im Kohlebergwerk Shenlong wurden 83 Bergarbeiter nach einer Gasexplosion getötet. Lediglich vier Arbeiter konnten lebend geborgen werden.

Das Privatunternehmen, das die Mine in Xinjiang betrieb, war in der Vergangenheit bereits durch überkapazitierte Produktion und fehlende Sicherheitszertifikate aufgefallen. Li Yizhong, Minister des Staatsamts für Überwachung der Produktionssicherheit, machte bei seiner Analyse der Unfallursache die Überproduktion für eine extrem hohe, leicht

entzündliche Gasdichte verantwortlich. So produzierte die Shenglong-Kohlemine im ersten Halbjahr 2005 180.000 Tonnen Kohle, obwohl sie nur für eine Produktion von 90.000 Tonnen pro Jahr zugelassen war. Zur Produktionssteigerung habe die Minenleitung zudem außergewöhnlich viele Bergarbeiter in die Stollen geschickt, so Lis Kritik.

Ein weiteres Minenunglück hatte sich einen Monat zuvor am 8. Juni in der zentralchinesischen Provinz Hunan ereignet. Dort starben infolge einer Gasexplosion im Zijiang-Kohlebergwerk nahe der Stadt Lengshuijiang 22 Bergarbeiter. Am 2. Juli explodierte ebenfalls die Kohlemine Jiapiu in der Provinz Shanxi. Dort nahm die häufig zu beklagende Vertuschung derartiger Arbeitsunfälle ganz neue Züge an. Von den 36 getöteten Minenarbeitern wurden 17 Leichen versteckt, um auf diese Weise die Schwere des Unglücks zu verharmlosen. Der Besitzer der illegal betriebenen Mine floh nach dem Unglück. Nachforschungen der Behörden ergaben, dass die fehlenden 17 Leichen in zwei Städten der angrenzenden Provinz Innere Mongolei versteckt wurden. Mit ihrer Tat dürften die Täter sich erhofft haben, den Entschädigungszahlungen für die Hinterbliebenen entgegen zu können. Die Verantwortlichen wurden in der Folge inhaftiert.

Die Zahl der Toten nach Unfällen in Kohlebergwerken erreichte im Berichtszeitraum zwar nicht den „Höchststand“ von 210 Bergarbeitern, die im Februar bei einem Minenunglück in der nordchinesischen Provinz Liaoning verschüttet worden waren (vgl. C.a., 2/2005, Dok 18), trotzdem zählen Minenunglücke in Kohlebergwerken weiterhin zu den großen Problemen, deren schnellstmöglicher Lösung es bedarf. Bereits im Maßnahmenkatalog des Staatlichen Überwachungsamtes für Produktionssicherheit vom April und Mai d.J. waren in Übereinkunft mit der Staatlichen Kommission für Entwicklung und Reform 50,6 Mio. Yuan an Schuldverschreibungen für die Verbesserung der Arbeitssicherheit in Kohleminen vorgesehen wor-

den. Im Juni folgte die Ankündigung des Verkaufs eines zweiten Pakets an staatlichen Schuldverschreibungen, ohne diesmal jedoch die genaue Summe anzugeben. Zusätzlich sei gemäß der Aussage des stellvertretenden Direktors der Staatlichen Kommission für Entwicklung und Reform, Zhang Guobao, ein Forschungszentrum in Planung, das sich mit der Gaskonzentration in Kohleminen, dessen Explosionen zu den häufigsten Ursachen von Minenunfällen zählen, beschäftigt.

Trotz der verschiedentlich angekündigten Gegenmaßnahmen ist mit einer Verbesserung der Situation wohl erst mittel- bis langfristig zu rechnen. Abgesehen von dem rechtlichen Rahmen, den fehlenden Investitionen in die Arbeitssicherheit und der unzureichenden Umsetzung von Sicherheitsvorschriften mangelt es auch an qualifiziertem Fachpersonal für Betriebsicherheitstechnik. Nach einem Bericht der *Beijing Youth Daily* steigt zwar die Zahl der Bergarbeiter in Kohleminen stetig, die Zahl der Studenten der Minensicherheit in den 15 wissenschaftlichen Instituten für Kohle halbierte sich allerdings seit dem Jahr 2002 und liegt nun bei etwas über 1.000. Am Beispiel Shanxis verdeutlichte sich ebenso, dass ein nicht zu unterschätzendes Defizit im Unrechtsbewusstsein der Betreiber vorhanden ist. Zu bemerken ist außerdem, dass die zahlreichen illegal betriebenen Kohlebergwerke bislang von dem Maßnahmenkatalog ausgeschlossen sind. (SCMP, 14., 18.7.05; XNA, 9., 14.6., 11., 13.7.05; RMRB website, 12.7.05, nach BBC PF, 13.7.05; ST, 15.7.05) -kw-

Bildung und Wissenschaft

Katrin Willmann

19 Bildungsdisparität zwischen Stadt und Land nimmt zu

Wie die chinesische Tageszeitung *China Daily* am 26. Juni 2005 berichtete, vergrößert sich gemäß einer Studie der Shanghai East China Normal University die Bildungsdisparität zwischen der städtischen und ländlichen Bevölkerung der VR China trotz staatlicher Maßnahmen in noch höherer Geschwindigkeit als die Einkommensdisparität.

Die Studie ist Teil des drei Jahre zuvor vom Bildungsministerium ins Leben gerufenen Programms „Fallstudien zu Kernbereichen der Bildungspolitik in der Transformationsphase“. Ziel des Programms ist es, anhand detaillierter Informationen zur gegenwärtigen Bildungssituation Gründe für die Bildungsunterschiede zu identifizieren, um dann geeignete Verbesserungsvorschläge für die staatliche Bildungspolitik zu unterbreiten.

Wie die Studie belegt, liegt der Prozentsatz an Schulabbrechern in den 17 untersuchten Schulen auf dem Land durchschnittlich bei 43%. Eine der Schulen erreichte sogar eine Rate von 74%. Während in den Städten nur 2% der Grundschulabgänger keine weiterführenden Schulen besuchen würden, seien es auf dem Land 10%. Als Grund für die zunehmende Bildungsdisparität benannte Prof. Yuan Zhenguo als Betreuer der Studie die chronische Unterfinanzierung ländlicher Gebiete. Weitere Ansatzpunkte für eine Verringerung der Bildungsungleichheit zwischen Stadt und Land, die von den Autoren der Studie empfohlen wurden, benannte der Artikel in der *China Daily* nicht.

Staatliche Behörden lassen sich demgegenüber nicht davon abbrin-

gen, ihre Bemühungen um die ländliche Bildungssituation zu betonen, die seit der nationalen Arbeitskonferenz und dem Staatsratsbeschluss zur ländlichen Bildung im September 2003 oberste Priorität besitzt (vgl. C.a., 2003/9, Ü 13). Das Bildungsministerium hob jüngst beispielsweise hervor, dass sich die Bildungsinvestitionen in diesem Bereich in einem Zeitraum von vier Jahren, von 1999 bis 2003, verdoppelt hätten.

Eine kritische Bewertung nahm hingegen ein langjähriger Mitarbeiter des Nationalen Statistikbüros in einem Bericht der *South China News* vor. So wies Xie Hongguang darauf hin, dass zum einen der Anteil des BSP für Bildungsausgaben von 3% weit unter dem internationalen Durchschnitt von 5% liege und der Zuwachs an Bildungsausgaben weit geringer sei als der Zuwachs an Staatseinkünften der VR China. Eine Ausweitung des Pflichtschulbereichs von bisher neun auf zwölf Jahre, wie zuletzt immer wieder gefordert, halte er unter diesen Gegebenheiten für ausgeschlossen. (CD, 26.6.05; Xinhua, 28.6.05; RMRB website, 4.6.05)

20 Aufnahmeprüfungen für Universitäten und Hochschulen

Die Zahl der Bewerber, die an den diesjährigen Aufnahmeprüfungen für die Hochschulen und Universitäten vom 7. bis 10. Juni 2005 teilnahmen, stieg im Vergleich zum Vorjahr wiederum um 1,44 Mio., also um knapp 17%. Beim Vergleich mit den Zahlen aus dem Jahr 2000 wird die stetige Zunahme der Bewerberzahlen noch deutlicher. So bewarben sich 2000 noch 3,885 Mio. Schüler für einen Studienplatz, nur fünf Jahre später sind es mit 8,67 Mio. bereits mehr als doppelt so viele (vgl. C.a., 2000/7, Ü 19). Berichten der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua zufolge wird nur jeder vierte Bewerber einen Studienplatz bekommen können.

Die chinesischen Medien führten bei ihrer Berichterstattung zum